

Verbreitung täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonntage und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 60 J. Viertel 1.50 J.
Jahres 6.00 J. Bei Vorauszahlung
des halben Betrags 1.25 J.

„Die Neue Welt“
(Kampfbroschüren), durch
den man sofort bestellen kann.
monatlich 10 J. Viertel 30 J.

Neue Welt

Veröffentlichungsbehörde
für die Sozialdemokratische
Partei in der Provinz
15 J. für Wohnungsgeld,
Brezien- und Veranlagungs-
ausgaben 10 J.
In weiteren Teilen
siehe die Seite 50 J.

Interesse für die fällige
Nummer müssen Parteien bis
vormittags 10 Uhr in der
Expedition aufgebracht sein.

Ertragsteuern in die 2ten
Steuersätze unter Nr. 750.

Sozialdemokratisches Organ

Für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weissenfels-Zeititz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Rebellen und Exzeptionen: Geystraße 21, erster Hof partesse rechts.

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 188

Halle a. S., Sonnabend, den 13. August 1898.

9. Jahrg.

Die Sozialdemokratie und die preussischen Landtagswahlen.

Die Frage der Beteiligung unserer Partei an den preussischen Landtagswahlen ist wieder in Fluss gekommen. Der Zweck sollte sein, eigene Mandate zu erringen und den radikalen Liberalismus in Preußen neu zu beleben. Wir bestreiten aber, daß es in Deutschland einen radikalen Liberalismus gibt. Es gibt wohl vereinzelte radikale Liberale, aber diese bilden keine Partei und haben namentlich in der freisinnigen Partei bei Wählern den Landtagswahlkampf nicht, jedenfalls aber keinen entscheidenden Einfluß. Haben wir nicht bei den Reichstagswahlen wieder erleben müssen, daß der sogenannte „radikale Liberalismus“ sich mit Junkern und sonstigen Exzeptionären gegen uns verbündet und gemeinschaftlich uns bekämpft hat? Während unsere Parteigenossen ehrlich und offen bei den Stichwahlen die Freisinnigen herausgehoben haben, waren diesen die Bündler, Bureaukraten, ja selbst die Antimilitaristen, „kleinere Uebel“ gegenüber einem sozialdemokratischen Stichwahlkandidaten. Wer hat uns die Wahlkreise Koblenz, Borna, Plauen I. u. S. verliehen lassen? Die Freisinnigen! Was verdanken wir die Wiederkehr in Delitzsch, Weimar, Erfurt und vielen anderen Kreisen? denen, die zum „radikalen Liberalismus“ zu zählen sind.

Kum ist es ja ganz richtig, daß wir keine Gegenstände von den Freisinnigen erwarten können, und daß ihr Verhalten allein uns nicht zur Teilnahme an den Landtagswahlen veranlassen könnte. Das Hamb. Echo hat jedoch ganz recht, wenn es schreibt:

Wir müssen gestehen, daß wir in Rücksicht auf diese Verhältnisse uns nicht mehr die Möglichkeit bemessen gegenüber der gerechten Kritik, die in anderen Parteien über das Verbot der „radikalen Liberalen“ herrscht, unseren früher vertretenen Standpunkt mit Erfolg aufrecht zu erhalten. Wir sind und mehr greift in diesen Kreisen die Ansicht, für diese unüberwindliche Schwierigkeit uns mit den Landtagswahlen nicht zu engagieren. Die radikalen Liberalen in ihrem Schwafel zu überlassen. Die Reichstagswahlen waren eine Probe auf das Exempel. Der „radikale Liberalismus“ hat die Probe nicht bestanden und es gibt selber zum Schreiben, wenn die Reihen der sozialdemokratischen Wähler seinen Kampf mit dem Junkertum bei den Landtagswahlen mit unerwarteter Heftigkeit geben.

Das Breslauer Parteipersonal hat über diese Bemerkung sein Bedauern ausgedrückt und hofft, das Hamb. Echo werde zu seinem früheren Standpunkt, dem der Wahlbeteiligung, zurückkehren. Darauf antwortet das Hamb. Echo:

Diese Kritik ist eine völlig verteilte. Sie haben keinen neuen Standpunkt eingenommen, sondern lediglich konstatieren, was doch wahrlich nicht ignoriert werden kann, daß in Preußen über das Verhalten der „radikalen Liberalen“ große Erbitterung herrscht und dadurch der Erfolg der weiteren Vertretung unseres Standpunktes sehr in Frage gestellt wird. Gerade weil wir nicht auf der sogenannten Leiter der Gefährte belagerten, sondern durchaus nüchtern vom Besonderen geleitete Wahlpolitik treiben, müssen wir wir bei der Reichstagswahl keine Rücksicht nehmen. Oder ist es gleichgültig, wenn aus Parteien immer mehr und immer energiegeladener Stimmen laut werden, die von einer Unterstützung des „radikalen Liberalismus“ nichts wissen wollen? Um der Unterstützung dieses Elements willen es zu tiefergehenden Streitigkeiten in unserer Partei kommen zu lassen, dazu ist uns diesbezüglich schon zu weit.

Wir teilen diesen Standpunkt vollständig. Schon voriges Jahr wurden die Gemüter erregt, und es würde diesmal zu noch tieferen Differenzen zwischen Parteigenossen kommen, wenn die berechtigte Erbitterung über die Unterstützung der Vertreter durch freisinnige Wähler einfach ignoriert werden sollte. Auch das Hamb. Echo schreibt:

Wir haben in den Provinzen Hannover und Sachsen so gut wie in der Reichshauptstadt die Beobachtung gemacht, daß viele, die für Wahlbeteiligung waren, jetzt nicht mehr dafür sind. Die richtigeste Haltung der Wähler, der Freisinnigen und der Zentrumskräfte bei der Reichstagswahl haben eben zahlreichen Gemüthen die Lust daran verüßelt, diese drei sogenannten Oppositionsparteien für die Herren Uebel zu halten, haben ihnen den Mut benommen, einer Unterstützung dieser maßgebenden Oppositionsparteien das Wort zu reden.

Auch in dieser Beziehung liegt lediglich der Hinweis auf eine Tatsache vor, deren Bedeutung zu unterschätzen der größte tatsächliche Fehler bei Erörterung und Entscheidung der ganzen Frage sein würde. Die Rhein-Weiß, Arbeitstätigkeit glaubt mit dieser rein objektiven Aufklärung in folgender Weise sich abfinden zu können:

„Das müssen sehr unvorteilhafte Vorkämpfer sein, denen erst die letzte Reichstagswahl Aufklärung über das Verhalten der genannten Parteien gebracht hat. Solche rein objektive Schlüsse können nicht zu halten haben, in denen der Vorurteil der bürgerlichen Parteien (Kämpfer) abzuwischen.“

Unser Dortmund Parteipersonal verneint hier ganz und gar, daß es sich nicht um „Aufklärung über das Verhalten“ der liberalen Parteien handelt. Von vornherein ist die Frage eine rein tatsächliche gewesen in der Richtung der Ermahnung, ob das „kleinere Uebel“ zu unterstützen ist, um das „größere Uebel“, die Junkerherrschaft, zu brechen. Dabei hat sich wohl niemand über das Wesen jener Parteien gekümmert. Haben die „radikalen Liberalen“ aber bei der

letzten Reichstagswahl ihr junkerfeindliches Wesen hervortreten lassen? Im Gegenteil! Sie haben zum meilands größten und gerade in den führenden Teile sich mit der Reaktion gegen uns verbündet, die einfachsten Grundsätze einer ehrlichen und gesunden politischen Politik verweigert und zwar bei einer gewissen Wahl. Dann kann es doch wahrscheinlich nicht wundernehmen, daß dieser Umstand in sozialdemokratischen Kreisen so wirkt, wie geschildert worden. Und es ist nicht möglich, sich darüber mit so durchaus unangebrachten, verlegenen Bemerkungen hinwegzusetzen, wie das Dortmund Parteipersonal das tut.

Daß die Breslauer Parteigenossen beschlossen haben, sich an den Wahlen durch Aufstellung eigener Wahlmänner zu beteiligen, wurde schon berichtet. Das können sie thun. In erster Linie kommt es aber jetzt darauf an, daß bei der Frage der Unterstützung liberaler Kandidaten dem durch das Verhalten des „Freisinn“ bei den letzten Reichstagswahlen erheblich angelegerten berechtigten Misstrauen unserer Genossen gegen die „bürgerlich radikale“ Elemente gebührende Rechnung getragen wird, und zwar nach Maßgabe der von denselben berechtigten Kritikern bittrischen diesbezüglichen Beschlüsse unseres letzten Parteitages. In der Hauptsache geht in diese Richtung dahin, daß die Beteiligung an den nächsten Landtagswahlen überall geboten ist, wo die Verhältnisse der Parteigenossen eine solche ermöglichen; daß die Parteigenossen der einzelnen Kreise selbstständig über die Beteiligung zu befinden haben und daß Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien nicht geschlossen werden dürfen. Kommt die Unterstützung eines Liberalen in Frage, so ist derselbe zu verpflücken auf die bekannten bestimmten Vorbehalte. Keinenfalls ist auf „Verpflückung“ etwas zu geben.

Den Vorarbeiten der Sozialdemokratie solle überall eigene Wahlmänner aufstellen, tritt die Freis. Ztg. mit dem Bedenke entgegen, das Hamb. Echo, „leicht dahin führen, daß gerade die von Sozialdemokraten bekämpften reaktionären Parteien Erfolg erzielen.“ Es wird in vielen Fällen eine Stichwahl erforderlich, und das die unmittelbar in denselben Wahlkreisen zusammen ist und außerordentlich viel Zeit kostet, verändert sich die Wähler der Arbeiter in das Unvollständige und wird dadurch das Ergebnis der Wahl durchaus in das Unsichere gestellt. Die abgängigen Beamten freilich haben Zeit, in dem Wahllokal zu verweilen, da ihnen mitbedenken der ganze Arbeitstag von vornherein freigegeben ist.

Verteidigt sich die Sozialdemokratie in Breslau an den Landtagswahlen, wird es dem Freisinn leicht sein, auch in der dritten Wahlperiode zu sitzen. Es mag auch in Königsberg, Posen und einigen anderen Wahlkreisen des Orients gelingen, die konventionellen Wählerkreise zu überwinden; es mag selbst so gut wie möglich sein, daß in Barmen, wo das Ringeln der Wahlkreis hier wie an keinem anderen Orte ist, die Reichstags- und Freisinnigen die national-liberalen Abgeordneten verdrängt werden, allein großen Hoffnungen wird der Freisinn sich doch nicht hingeben dürfen. Die „Kämpfer“ der Sozialdemokratie können bei den Landtagswahlen nicht in Betracht, da sie überhaupt nicht wählen werden, und unter den Genossen werden viele sein, die vor der öffentlichen Stimmgabe zurückziehen. Zusammen aber mag die Stellung der Sozialdemokratie ausreichen, in der Vertretung einiger industrieller Kreise und größerer Städte einen Wandel herbeizuführen.

Die Berliner Volks-Zeitung erklärt:

Wenn die Sozialdemokratie einen Schritt daraufhin nähme, daß bei der Auswahl der freisinnigen Kandidaten etwas mehr auf politische demokratische Stimmung gesehen würde, als bisher, so wäre das kein Schaden für die freisinnigen Parteipolitik, die einer Aufzählung ihrer parlamentarischen Vertretung und eines Stodes nach links nicht unbedenklich ist.

Zum Breslauer Beschlusse fügt der Vorwärts hinzu:

Nachdem eine Stadt von der Bedeutung Breslaus sich für die Beteiligung an den Landtagswahlen entschieden hat, werden wohl die übrigen in Betracht kommenden Kreise bald folgen. Jedenfalls ist es, gleichwohl wie die Parteigenossen der einzelnen Kreise zu der Frage der Beteiligung stehen, die höchste Zeit, daß in jedem Kreise endgültig entschieden wird, ob sich die Parteigenossen beteiligen werden oder ob sie das Gegenteil für zweckmäßig halten. Jeder Tag kann die Verhältnisse der Kreise anders bringen; bis dahin muß keiner Tisch gelassen sein.

Die Parole auszugehen ist Aufgabe der ordnungsmäßigen Vertretungen der Kreise, der Kreis-Partei Versammlungen.

„Eine Partei von der Größe und Bedeutung der unrischen muß in einer holländischen Frage, wie es die Landtagswahlen sind, gegenüber Freund und Feind unabweisend Stellung nehmen, wie sie sich zur Sache stellt.“

Schließlich sei noch folgende Äußerung der Magdeburger Zeitung mitgeteilt:

Wenn die Sozialdemokratie aus ihrer Zurückhaltung hervortritt, trotzdem das „abermählige aller Wahlkreise“ noch fortbehört, so hat sie das schon nicht, um die Parteien für die radikalen Parteien aus dem Feuer zu holen, sondern sie wird auch für sich selbst ernten wollen, wo sie sät.

Das stimmt! — Für die Parteigenossen von Halle und dem Saalkreise bietet der Samstag, den 21. August, ab-

zufehlende Freitag Gelegenheit, die Frage der Wahlbeteiligung zu erörtern. Jedenfalls würde es, falls das Entreten beschlossen würde, kaum möglich sein, diejenige Freizeitarbeit anzufangen, ohne welche eine entsprechende Wahlbeteiligung trotz aller Unterordnung unter die von der Mehrheit der Genossen gefassten Beschlüsse undenkbar ist. Und wie in Halle, so im Zeit-Weissenfelder, im Delitzscher, im Torgauer und im Wittenberger Kreise.

Tagesgeschichte.

Die Bismarck-Ehrung durch den Reichstag.

Die beiden Zentrumsgenossen, die Herren Spahn und Wachen, welche es für nötig gehalten haben, Namens des Reichstages nach Friedrichsburg zu reisen und sich dort als Beauftragte des Reichstages zu gerieren, obwohl sie keine Mitglieder des Reichstages waren, haben, wie durch eine völkereigentlich offizielle Mitteilung bekannt wird, nach Rücksprache und in Einverständnis mit einem dritten Abgeordneten gehandelt. Dieser dritte Abgeordnete ist der geweihte erste Vizepräsident des verlassenen Reichstages, Schmitz. Ein freisinniger Abgeordneter! Die Berliner Volks-Ztg. begreift diese Mitteilung mit einem „leider“, weil sie von einem freisinnigen Abgeordneten eine etwas größere formelle Korrektheit in dieser Frage erwartet hätte. Sie fügt hinzu, mit demselben Rechte, mit welchem sich die Herren Spahn und Wachen nach Friedrichsburg aufgemacht haben, hätte sich jedes andere Mitglied des Reichstages, z. B. Herr Althaus, als Beauftragter des Reichstages, Namens des Reichstages dort einführen können. Die Eigenmächtigkeit, mit der es die Herren auf sich genommen haben, den Deutschen Reichstag zu repräsentieren, der von der letzten Legislaturperiode kein Präsidium mehr und für die bevorstehende Legislaturperiode noch kein Präsidium hat, wird dadurch nicht besser, daß ein Drittes Mitglied, aus dem letzten Reichstage zufällig dem Hofstand angehörte, sein Ja und Amen dazu gegeben hat.

Wie Kurrer hat sich der konservative bisherige Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses benommen, welcher, was ihm niemand verdenken kann, so rücksichtslos den für verübten Bismarck sein Beileid ausgedrückt und doch bestanden hat, er habe keine Ermächtigung, namens des Abgeordnetenhauses zu sprechen.

Die Eigenmächtigkeit der Herren Spahn und Wachen macht selbst in Zentrumskreisen böses Blut, und es wird den beiden wulustigen Herren in ihrer eigenen Parteipresse ganz gründlich der Tzi gelehen.

Gut abgeführt. Die agrarische D. Tagesz. hatte an den Vorwärts die Frage gerichtet, wo ihre Konjunktur wieder, als er bei Besprechung der blutigen Massenlage zwischen den deutschen und russischen Arbeitern bei Kautzungen die Einführung fremder Arbeiter in die, da doch die sozialdemokratische Partei Gleichheit und Freiheit, lebende Lebensbedingungen für alle erstrebe, was Menschlichkeit trägt.

Der Vorwärts stellt nun dem Agrarierblatte folgende Gegenfrage:

Haben die amerindischen Schweine nicht ebenso zierliche Hühner, wie die deutschen nationalen Junkerschweine?

Und doch läßt der Bruder Agrarier sie nicht nach Deutschland hinein.

Zu dem Schuß des nationalen Junkerschweins ist dem Bruder Agrarier also mehr gelegen, als am Schuß der deutschen Arbeiter.

It das Konjunktur, Deutsche Tageszeitung?

Wir Sozialdemokraten sind konsequent — wir wollen die Gleichheit alles dessen, was Menschenheit trägt, und erlauben auch in den russischen Arbeiten unserer Brüder. Aber dagegen legen wir Wert auf die Wahrheit, daß man den deutschen Arbeitern, um dem Junker den Wein zu fällen, die Lebensmittel künstlich verteuert und sie noch obendrein durch Heranziehung ausländischer Arbeiter zwingen will, dem Junker für noch elendere Hungerlöhne zu arbeiten, als es bisher schon der Fall war. Wir haben nichts dagegen, wenn ausländische Arbeiter bei uns zu gleichen Bedingungen arbeiten wie die deutschen Arbeiter. Die Agrarier sind aber weit entfernt, unter solchen Bedingungen ausländische Arbeiter heranzuziehen, sie fähren sie ein lediglich zur Niederkulturierung der deutschen Stammesgenossen.

Verstanden, nationale Deutsche Tageszeitung.

Wählerführer. Wie Dr. Röske seine Stelle als Vorsitzender des Bundes der Landwirte für seine eigenen Interessen auszunutzen sucht, geht aus der folgenden Mitteilung hervor, wonach er schon seit längerer Zeit an die ihm untergebenen Beamten Butter aus seiner Wirtshaus verläßt. Der Millionär Dr. Röske hätte es wahrlich nicht nötig, einen solchen, wenn auch für ihn einträglichen Dreck auf abhängige Beamte auszugeben.

Das Nationalgesetz. Ein bekannter Wählerführer, der Rittermeister Knud v. Plögg, schreibt in einem Aufsatze zur Landesparlamentsfrage:

